



Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Arbeitsministerin Grimm-Benne: „Wer Streichung des Bürgergeldes für ukrainische Geflüchtete fordert, erschwert Weg in den Arbeitsmarkt“

Magdeburg. In der Debatte um den Bürgergeldbezug von ukrainischen Staatsbürgerinnen und -bürgern mahnt Arbeitsministerin Petra Grimm-Benne zu Sachlichkeit: „5.000 Ukrainerinnen und Ukrainer sind in Sachsen-Anhalt bereits berufstätig.“

Sie leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass unser Arbeitsmarkt stabil bleibt. Wegbereiter für die erfolgreiche Arbeitsvermittlung sind und bleiben die Jobcenter und die Arbeitsagentur. Das Asylbewerberleistungsgesetz kennt hingegen keine Arbeitsvermittlung. Wer die Streichung des Bürgergeldes für ukrainische Geflüchtete fordert, erschwert Weg in den Arbeitsmarkt.“

„Unser Ziel bleibt die nachhaltige Integration in Arbeit. Während Dänemark und andere europäische Staaten auf eine kurzfristige Arbeitsaufnahme im Helferbereich setzen, geht es uns um qualifizierte Jobs. Das erwarten auch die Unternehmen, die händierend Fachkräfte benötigen. Durch das Bürgergeld und die Arbeit der Jobcenter erhalten ukrainische Flüchtlinge Zugang zu Qualifizierung“, so Grimm-Benne weiter.

Künftig werden mehr Unternehmen auf ukrainische Beschäftigte zurückgreifen können, da die große Mehrheit der erwerbsfähigen Ukrainerinnen und Ukrainer Sprach- und Integrationskurse oder Qualifizierungsmaßnahmen durchlaufen. Wenn diese fast 6.000 Geflüchteten ihren Sprachkurs oder ihre Qualifizierung beendet haben, stehen mehr Ukrainerinnen und Ukrainer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. „Jetzt braucht es mehr Unternehmen, die Geflüchteten eine Chance geben, auch wenn ihr Deutsch noch nicht perfekt ist“, appelliert Grimm-Benne an die Betriebe in Sachsen-Anhalt. Mit dem Job-Turbo stehen flexibel einsetzbare, berufsbegleitende Berufssprachkurse zur Verfügung.

Die Arbeitsbereitschaft unter den Geflüchteten aus der Ukraine ist sehr hoch. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung wollen über 90 Prozent der Ukrainerinnen und Ukraine den Schritt ins Berufsleben schaffen. Dass dieser Schritt Zeit benötigt, liegt zum einen an den eingeschränkt verfügbaren Integrationskursen. Zum anderen sind zwei Drittel der Leistungsempfänger allein in Deutschland lebende Frauen, häufig mit Kindern.

Impressum:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Pressestelle
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Tel: (0391) 567-4608

Fax: (0391) 567-4622

Mail: ms-presse@ms.sachsen-anhalt.de